

KLEIN, A. u. LÖW, M. (2006): Ausmaß und Potenzial des freiwilligen Engagements im Bereich Umwelt- und Naturschutz in Deutschland In: BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ (Hrsg.): Freiwilligenarbeit im Naturschutz, Bonn, S. 43-53
ISBN: 978-3-7843-3937-5

Ausmaß und Potenzial des freiwilligen Engagements im Bereich Umwelt und Naturschutz in Deutschland

Ansgar Klein/Martina Löw (Berlin/ Berlin)

Zusammenfassung

Der Natur- und Umweltschutz in Deutschland ist angewiesen auf jegliche Formen der aktiven Mitarbeit, sei es das herkömmliche Ehrenamt im Verein oder das Engagement in Bürgerinitiativen und Projekten. Bisher durchgeführte Studien zeigen, dass das freiwillige Engagement im Natur- und Umweltschutz auf nur wenigen Schultern lastet. Die Schere zwischen den Anforderungen und auch dem zeitlichen Anspruch der anfallenden Aufgaben im Natur- und Umweltschutz und den Bedingungen zu denen die Freiwilligen aktiv werden (wollen), wird allerdings zunehmend größer. Vom Veränderungswillen der Vereine und Verbände einerseits, aber auch von einer bürgerschaftlich geprägten Entscheidungs- und Planungskultur, ebenso wie von der Fähigkeit zur Netzwerkbildung hängen die zukünftigen Rahmenbedingungen einer Engagementförderung ab. Wenn die im Natur- und Umweltschutz tätigen Organisationen und Einrichtungen es schaffen, ihre Strukturen zu öffnen und neben fachlicher Kompetenz ihre finanziellen und personellen Ressourcen sichern, werden sie sich um den Nachwuchs nicht zu sorgen brauchen.

Engagement im Umweltbereich: Steigerung seit den 1980er Jahren

Kein Zweifel: Der Umwelt- und Naturschutz hatte in den 1980er Jahren vor allem durch soziale Bewegungen und politische Kampagnen an Aufmerksamkeit und Gewicht gewonnen. Umweltbewegung und Anti-AKW-Bewegung stellten auch in den Jahren 1993-2000 zusammen beinahe 25% an den öffentlich registrierten Protesten (RUCHT 2003: 45). Allerdings ist seit 1998 ein Rückgang der Proteste im Umweltbereich zu verzeichnen. In den letzten Jahren ist deutlich erkennbar, dass sich die Umweltproteste verstärkt in globaler Perspektive fortentwickeln.

Die Umweltbewegung genoss seit den 1980er Jahren in der Bevölkerung hohes Ansehen. Im Jahr 1989 stand der Umweltschutz bei Bevölkerungsumfragen sogar an der Spitze der Problemstellungen, von der er in der Folge jedoch deutlich verdrängt worden ist. Doch auch in den 1990er Jahren halten konstant über 80% der Bevölkerung das Umweltthema noch immer für „eher wichtig“. Für die folgenden Jahre fehlen allerdings entsprechende Umfragen (ROOSE & RUCHT 2002: 31). Zwischen 1988 und 2001 können die großen Umweltverbände ihre Mitgliederzahlen um 30 bis 250 Prozent steigern (ebd: 32). Doch Mitgliederzahlen sind nicht identisch mit aktiver Mitarbeit. Auch kleinere und mittlere Umweltverbände unterliegen einem Prozess der Professionalisierung ihrer Arbeit, der mit einem leichten Rückgang aktiver Mitwirkender einhergeht.

Unser Beitrag beleuchtet die Datenlage zum Engagement und seinen Potentialen im Bereich Umwelt und Naturschutz. Wir diskutieren außerdem Möglichkeiten der Engagementförderung und -entwicklung.

Freiwilligenarbeit im Engagementfeld Umwelt und Naturschutz

Die gute Nachricht vorweg: Nach der aktuellsten Studie des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) zum Umweltbewusstsein in Deutschland aus dem Jahre 2004 ist das „Engagementpotential für den Umwelt- und Naturschutz recht beachtlich“ (BMU 2004: 11). Man könnte sich also die Fragen stellen, warum Sie nun dieses Buch in den Händen halten. Es scheint doch alles klar zu sein. Nur: Zwischen Theorie und Praxis gibt es bekanntlich gewaltige Unterschiede.

Ehrenamt im Naturschutz hat eine traditionsreiche Geschichte. In den Heimatverbänden Ende des 19. Jahrhunderts waren die ersten ehrenamtlichen Naturbeobachter und –beobachterinnen aktiv. Veränderungen in der Natur wurden beobachtet, gemeldet und bei amtlicher Nicht-Reaktion gegebenenfalls die Ortsansässigen mobilisiert. Also eigentlich die gleichen Aufgaben und Handgriffe, die es auch heute noch zu tun gibt. Der einzige Unterschied ist, so könnte man meinen, dass heute der Naturschutz staatlich anerkannt ist und Privatpersonen nun zur Wahrnehmung von Naturschutzaufgaben beauftragt werden können.

Leider ist die Sache komplizierter gelagert, nicht aufgrund fehlender Aufgaben, die werden wohl, solange es die Natur gibt, nie ausgehen, sondern aufgrund des Definitionswandels. Heutzutage mag man nicht mehr von Ehrenamt sprechen, sondern von bürgerschaftlichem Engagement oder Freiwilligenarbeit. Was vielleicht nur wie eine kleine Namensänderung erscheinen mag, zieht für den Engagementbereich Naturschutz jedoch weit reichende Änderungen nach sich.

Um die Freiwilligenarbeit im Naturschutz zu definieren, muss beiden Engagementformen Platz eingeräumt werden: Die mit Freiwilligenarbeit betitelte Engagementform beinhaltet projektbezogene Tätigkeiten mit offenen, unverbindlichen Strukturen und direkter Einflussnahme. Das traditionelle Ehrenamt im Naturschutz ist geprägt von Kontinuität und hoher fachlicher Kompetenz. Das verbindende Element ist der Naturschutz. Er braucht öffentlichkeitswirksame kurzfristige Aktionen und eine zeitaufwändige Betreuung. Umfassender Umwelt- und Naturschutz in Deutschland ist nur mit beiden Engagementformen zu bekommen.

Bevor wir die Potentiale des freiwilligen Engagements in Deutschland beleuchten, müssen wir auch noch die schlechte Nachricht ausrichten. Die Aufgaben im immer professionelleren Natur- und Umweltschutz sind heutzutage ehrenamtlich kaum noch zu erfüllen. Gerade die hohen fachlichen Anforderungen und die damit einhergehende zeitliche Inanspruchnahme lässt die Umweltverbände und -initiativen kaum noch Personen finden, die sich dieser Herausforderung stellen.

Wenn wir also über die Potentiale in diesem Engagementbereich sprechen, müssen wir die Veränderungen in der Engagementmotivlage und die Ansprüche bzw. Gesetzeslage im Natur- und Umweltschutz gegeneinander stellen. Schauen wir uns für die Potentialanalyse einige vorliegende Zahlen für den Bereich Umwelt- und Naturschutz an. Da gibt es zum einen die bereits am Anfang erwähnte Studie des BMUs zum Umweltbewusstsein, die uns ja einiges an Potential verspricht. Allerdings beziffert sie nur, dass sich ein Drittel der Befragten ein Engagement vorstellen kann. Zum Vergleich: 92% der Deutschen in dieser Befragung halten den Umweltschutz für wichtig (BMU 2004: 11 ff.).

Die tatsächlichen Engagementzahlen und ein daraus abgeleitetes realistisches Engagementpotential für die nächsten Jahre müssten wir aus den Zahlen des Freiwilligenurvey des Familienministeriums von 1999 und 2004 ziehen können. Der Freiwilligenurvey hat seine Zahlen auf Basis einer repräsentativen Telefonbefragung von 15.000 Personen ermittelt. Leider

lassen die Zahlen des Freiwilligensurvey für den Umwelt- und Naturschutzbereich viele Fragen offen, weil dort der Umwelt- und Naturschutz mit dem Tierschutz eine Kategorie bildet und bisher diese doch sehr unterschiedlichen Bereiche nicht auseinander dividiert wurden. Von den 34% Engagierten in der deutschen Bevölkerung – das sind ca. 23 Millionen Bürgerinnen und Bürger – sind in dem Bereich Umwelt-, Naturschutz, Tierschutz laut Freiwilligensurvey von 1999 8% aktiv beteiligt, aber nur 2% haben eine freiwillige, ehrenamtliche Tätigkeit ausgeübt (ROSENBLADT 1999: 44f.). D.h, schon in dieser Erhebung wird deutlich, dass das freiwillige Engagement in den Bereichen Umwelt- und Naturschutz sowie Tierschutz im Vergleich mit anderen Engagementbereichen sehr niedrig ausfällt. Überdurchschnittlich sind hier die Bereiche des Vereins und der selbstorganisierten Gruppen vertreten, aber die Wahrnehmung von Leitungs- und Vorstandsfunktionen – also das klassische Ehrenamt – fällt weit unter dem Durchschnitt anderer Engagementbereiche aus (S. 85). Damit ist schon 1999 ein gewisses Warnsignal aus der Forschung gegeben worden. Dies sollte ernst genommen werden, obwohl sich sicherlich viele der Engagierten aus dem Umwelt- und Naturschutz in anderen Bereichen des Surveys wieder finden lassen, vor allem im Bereich des sonstigen bürgerschaftlichen Engagements am Wohnort (vgl. ebd).

Der Freiwilligensurvey 1999 hat zudem deutlich gemacht, dass 37% der deutschen Bevölkerung bereit wären, sich unter guten Rahmenbedingungen der Engagementförderung zu engagieren (ebd: 198-209). 11 % dieses Engagementpotentials in der Bevölkerung machen diejenigen aus, die bereits engagiert sind und sich stärker engagieren würden; 10% waren früher bereits einmal engagiert und 16% waren noch nie engagiert. Auch wenn die Zahlen für Umwelt und Naturschutz insgesamt für eine bereichsspezifische Analyse zu ungenau bleiben, wird doch deutlich, dass es auch hier weitere Engagementpotentiale gibt. Es fragt sich nur, unter welchen Umständen sie praktisch erschlossen werden können.

In den Bereichen Soziales, Sport und Kultur folgten nach dem Freiwilligensurvey viele weitere qualitative und quantitative Studien zur Entwicklung des Engagements, die eingehender hinschauten. Im Umwelt- und Naturschutzbereich findet sich leider nur wenige Blicke hinter die Kulissen. Die Forschungslage zu Umweltbewusstsein sowie Umwelverhalten ist inzwischen fundiert. Eine umfassende Evaluation des aktiven Engagements im Umweltbereich sowie der Motivlagen für ein Umweltengagement stehen noch aus. Es fehlen auch Erkenntnisse über Veränderungen im Engagement, die aktuelle Entwicklungen einbeziehen, nach denen der Naturschutz als Bremse eines schnellen wirtschaftlichen Aufstiegs betrachtet wird, Mitspracherechte gekürzt und aufgebaute Allianzen aufgekündigt werden.

Einige wenige Studien gibt es, die allerdings nur einen kleinen Bereich aufzeigen. Zu nennen ist die Studie von Silke Haack „Die Bedeutung der veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Arbeit von Umweltverbänden“ (HAACK 2003). Ein sehr kleiner Teil Höchstengagierte aus Verbänden bilden die Referenzgruppe in dieser qualitativen Studie. Fast 50% der Befragten wünschen sich für ihre Arbeit demnach mehr Aktive, die Mechanismen in den Verbänden scheinen dafür allerdings nicht verträglich. Sicherlich zeigt sie ein gutes Bild der derzeitigen Situation in den Verbänden auf, kann und will aber nicht Aussagen über das tatsächliche Engagementpotential machen. Bleibt die von Haack herausgearbeitete Situation in den Verbänden allerdings bestehen (hohe Anforderungen, finanzielle Belastungen, ineffiziente Arbeitsweisen, verhärtet Gruppenstrukturen, zu wenig Betreuung), ist die Diskussion über Potentiale ohnehin bald überholt.

Eine weitere Studie „Umweltengagement im Aufbruch“, durchgeführt vom Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung im Auftrag des BMU, arbeitete mit Fokusgruppen.

Vereine und Verbände wissen zu wenig „über ihre eigenen Mitglieder und noch weniger über die relevanten Zielgruppen in ihrem Umfeld“ (BMU 2005: 9), so die Grundthese der Studie. Auch sie ist qualitativ und zeigt dieselben Hürden für ein Engagement im Umwelt- und Naturschutz auf (Strukturkonservatismus in den Verbänden, keine passenden Angebote oder Ansprache von Engagementinteressierten).

Der Blick auf den Übergang von jungen Erwachsenen aus Jugendumweltverbänden in die Erwachsenenverbände wurde vom Deutschen Naturschutzring in Auftrag gegeben (SANDERS, 2004). Wieder sind Höchstengagierte die Referenzgruppe. Alle engagierten Jugendlichen haben Kontakt zu Landes- oder Bundesebenen eines Umweltverbandes. Nur 17% der Befragten gaben an, ganz sicher ihr Engagement im Erwachsenenverband fortsetzen zu wollen (ebd: 44). Vom Ausschöpfen des Potentials kann hier wohl keine Rede sein. Die meisten jungen Erwachsenen finden die Formen der Aktivitäten in den Erwachsenenverbänden, wie Vorstandsarbeit oder Arbeitskreise, sehr unattraktiv. Obwohl sie sich nicht vor Verantwortung scheuen, sind die schlichte Dauer der Gremiensitzungen, Anforderungen, Aufwand und Ergebnisse unüberschaubar. Allerdings sollte nicht verkannt werden, dass junge Menschen auch gerne mit jungen Menschen zusammen aktiv sind. In den meisten Umweltgruppen und -initiativen ist das Durchschnittsalter der Aktiven allerdings wohl eher über 50 Jahre.

Schlussendlich gibt es keine umfassende Datenbasis über die Situation der derzeit Engagierten bzw. des Engagementpotentials im Umwelt- und Naturschutz, sei es im freiwilligen oder (ehren)amtlichen Engagement. Sie ist aber, meines Erachtens, die Grundvoraussetzung für die weiteren Handlungswege, um das voraussichtliche Potential an Engagierten vorteilhaft zu nutzen, denn alle Studien zeigen einen deutlichen Engagementwunsch der Befragten.

Ein weiterer Gesichtspunkt um das Potential für ein tatsächliches Engagement im Umwelt- und Naturschutz einzuschätzen, sind die hohen Anforderungen an freiwilliges und ehrenamtliches Engagement, die sich aus gesetzlich grundgelegten Beteiligungsmöglichkeiten im Umwelt- und Naturschutz ergeben. Nach dem novellierten Bundesnaturschutzgesetz ist die Beteiligung der anerkannten Gruppen und Vereine garantiert bzw. an manchen Stellen sogar noch erweitert (Verbandsklage). Im Zuge der Umsetzung der Aarhus-Konvention werden die Mitwirkungs- und Klagemöglichkeiten der Verbände in bestimmten Bereichen sogar noch einmal deutlich ausgebaut. Wenn man sich nun die Frage stellt, ob die Professionalität, das Fachwissen und die zeitliche Ressource der bisherigen ehrenamtlichen Kräfte für den Verwaltungsaufwand alleine eines Verfahrens ausreicht, wird man sich die Antwort über die Attraktivität dieser Aufgaben für „neue“ Ehrenamtliche selbst geben können. Für die Vertretung von Interessen des Naturschutzes benötigt man inzwischen langjährige Erfahrungen. Verständlich, dass in Zeiten von „knappen Kassen“ oder stagnierender wirtschaftlicher Entwicklung die Tatkraft des ehrenamtlichen Naturschutz gewünscht ist. Wirkliches Potential an Engagement kann aber über das Abarbeiten dicker Prozessakten weder gebunden noch entwickelt werden.

Perspektiven für die Engagementförderung im Naturschutz

Organisationen aller Art haben es schwer, für Menschen attraktiv zu sein und sie dauerhaft zu binden. Die Umweltverbände sind da keine Ausnahme. Die Zeiten, in denen das Umweltthema per se eine Anziehung hatte, gibt es so nicht mehr. So hängt die Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements im Natur- und Umweltschutz von zwei großen Faktoren ab. Zum einen von dem realistischen Bild der tatsächlichen Situation in den Vereinen und Verbänden. Zum anderen von dem Erkenntnis- und Veränderungswillen der Vereine und Verbände und damit von der beharrlichen Bereitschaft, Konsequenzen zu ziehen.

Der erste Punkt ist wichtig, um nicht mit Kanonen auf Spatzen zu schießen bzw. die Überforderung nicht noch größer werden zu lassen. Den zumeist vollständig ehrenamtlich geführten lokalen Gruppen und Initiativen wird der Aufruf, professionell Freiwillige zu gewinnen und zu binden, keine Jubelstürme abringen, da der zeitliche Aufwand gerade zu Beginn einer solchen Maßnahme deutlich ansteigen wird. Der zweite Punkt rührt aus der vergleichsweise noch „guten“ Situation der Umwelt- und Naturschutzverbände – verglichen vielleicht mit der Situation in einigen Sozialverbänden. Das Jammern über fehlenden Nachwuchs geschieht noch auf relativ hohem Niveau, dafür muss man sich nur die Entwicklung der Mitgliederzahlen in den größeren Verbänden anschaut. Der Leidensdruck in den Organisationen hat noch kein kritisches Maß erreicht. Die in den oben genannten Studien angesprochenen nötigen Veränderungen innerhalb der Organisationsstrukturen sind zurzeit noch allzu sehr von persönlichen Befindlichkeiten abhängig.

Neben den personellen Potentialen bilden die finanziellen Rahmenbedingungen die zweite Säule des Überlebens der Gruppen und Initiativen. Aber Mitgliedschaft heißt heute schließlich nicht mehr automatisch aktives Mitmachen. Mitlacher stellte bereits 1996 fest, dass die Bereitschaft für ein Engagement von mehreren Faktoren beeinflusst wird. Eine umweltfreundliche Einstellung führt nicht automatisch zu umweltfreundlichem Verhalten. Ebenso ist das Engagement im Umweltbereich von persönlichen Barrieren abhängig (z.B. Sorge im privaten oder beruflichen Umfeld durch das Engagement Probleme zu bekommen) oder drohende Umweltprobleme werden gar nicht als solche wahrgenommen (MITLACHER 1996). Nicht zu vergessen ist, dass die meisten der Umwelt- und Naturschutzinitiativen vor allem auf lokaler und regionaler Ebene ausschließlich ehrenamtlich getragen werden. Das heißt ein Ehrenamtlicher oder eine Ehrenamtliche muss sich um das finanzielle und personelle Überleben seines bzw. ihres Vereins oder seiner/ ihrer Initiative kümmern. Dabei will er bzw. sie sich doch eigentlich für die Umwelt engagieren, sich mit Kommunalpolitiker streiten, einen Bach renaturieren, Demos veranstalten. Man könnte mit Blick auf das Anforderungsprofil meinen, im Umwelt- und Naturschutz wird immer noch die ehrenamtliche, eierlegende Wollmilchsau gesucht.

Um das vorhandene Engagementpotential zu nutzen, ist Beratung in zwei Richtungen gut. Auf der einen Seite für Behörden und Ämter: Was können Initiativen und Vereine bei den gegebenen Bestimmungen leisten? Auf die Beteiligungsmöglichkeiten hinzuweisen ist das eine, engagementfreundliche Strukturen für die tatsächliche Nutzung dieser Möglichkeiten zu bieten, ist das andere. Oft wird das Beteiligungsrecht nicht in Anspruch genommen, da die bisherigen Engagementstrukturen mit den steigenden Anforderungen im beruflichen und privaten Leben nicht Schritt halten können. Auf der anderen Seite müssen die Verbände realisieren, dass sie nicht nur fachlichen „Nachwuchs“ generieren. Viele Fachleute für all die drängenden Umwelt- und Naturschutzprobleme zu haben, ist wichtig. Wenn sich aber niemand um die finanziellen und personellen Grundlagen kümmert, stirbt jede Initiative über kurz oder lang aus.

Abschließend sollen die Herausforderungen der Engagementförderung in einem Zugriff skizziert werden, der über den Bereich Umwelt- und Naturschutz hinausweist. Es wird deutlich, dass alle großen Engagementbereiche hier gemeinsam aktiv werden müssen, damit auch in Zukunft von einer aktiven Zivilgesellschaft die Rede sein kann.

Organisationsdimensionen und Infrastruktur der Zivilgesellschaft

Für die Weckung der Bereitschaft zum Engagement – auch jenseits des breiten Bereichs der Selbstorganisation in vielfältigen kleinen Vereinen und Initiativen – ist es von zentraler Bedeutung, ob Institutionen insgesamt beteiligungsorientiert ausgestaltet sind. Dies gilt nicht nur für die Organisationen im „Dritten Sektor“ wie Vereine, Verbände sowie soziale Dienste und

Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege. Auch öffentliche Einrichtungen in staatlicher oder kommunaler Trägerschaft – wie z.B. Schulen, Kindergärten und Jugendeinrichtungen – sind potentielle Orte für engagierte Mitwirkung und Beteiligung. Im gesamten öffentlichen Bereich ist daher die Öffnung der Strukturen für Beteiligung und Mitgestaltung der Bürgerinnen und Bürger ein wichtiges Ziel der Förderung bürgerschaftlichen Engagements.

„Über die Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements entscheiden weniger Maßnahmen der Werbung, Rekrutierung oder sozialen Vergünstigung einzelner engagierter Bürgerinnen und Bürger, als vielmehr die Entwicklung einer Kultur des Handelns und Entscheidens in konkreten Politikbereichen und Organisationsformen, die bürgerschaftlich geprägt und beteiligungsorientiert ist. Der bürgerschaftliche Charakter sozialer Einrichtungen und Dienste oder öffentlicher Verwaltungen bemisst sich keineswegs daran, wie viele ehrenamtlich Mitarbeitende gewonnen werden konnten. Entscheidend ist vielmehr, inwieweit es diesen Institutionen gelingt, sich tatsächlich in die Bürgergesellschaft und in ihr lokales Umfeld einzubetten – wie z.B. die Schule, die gemeinwohlwesensorientiert handelt und sich auch in ihren Unterrichtsformen für die Beiträge bürgerschaftlicher Akteure öffnet oder die Gesundheitseinrichtung, die mit Selbsthilfegruppen zusammen arbeitet etc.. Es geht also um eine bürgerschaftlich geprägte und beteiligungsorientierte Kultur des Planens und Entscheidens in gesellschaftlichen Institutionen unterschiedlicher Bereiche – wie Wohnen, Gesundheit, Kultur, Stadtentwicklung, Bildung und Umweltschutz. Der überfällige Umbau erfordert das Umdenken der etablierten Akteure.“ (EVERS u.a. 2003: 158 f.) Eine Kultur des bürgerschaftlichen Engagements verweist keineswegs auf Engagement und Beteiligung in „Randbereichen“ und „Nischen“, in die Professionalität, privatwirtschaftliche Lösungsmuster oder staatliches Handeln nicht hineinreichen, während die zentralen Institutionen und Bereiche – der große Betrieb, das Gesundheitssystem, die Arbeitsmarktverwaltung, die Schule – als Zentren professionalisierter Versorgung und Dienstleistung und privatwirtschaftlicher Lösungsmuster verstanden werden, die gesellschaftspolitisch angeblich zu wichtig sind, um sie dem bürgerschaftlichen Engagement zu überlassen. Diese Zweiteilung ist problematisch. Es muss vielmehr konsequent danach gefragt werden, welchen Beitrag bürgerschaftliches Engagement zur Lösung der hier anstehenden Aufgaben und Probleme leisten kann und welche Rahmenbedingungen hierfür geschaffen werden müssen.

Für die Engagementförderung werden vor diesem Hintergrund zum einen Fragen einer engagementfreundlichen Organisationsentwicklung (PRILLER 2004) von Vereinen, Verbänden oder Stiftungen (Bürgerstiftungen!), aber auch das Angebot von Freiwilligendiensten (RAUSCHENBACH & LIEBIG 2002) relevant. Sie bilden zusammengenommen die Infrastruktur der Zivilgesellschaft. Zum anderen wird die Stabilisierung und Fortentwicklung spezieller engagementfördernder Infrastruktureinrichtungen als Thema der Engagementförderung erkannt (BORN 2005): Sie weisen eine ausgesprochene Vielfalt an Gestaltungsformen bezüglich Trägerschaft, Rechtsform, Aufgabenschwerpunkten und Organisationsstruktur auf. Dazu gehören neben den Freiwilligenagenturen und -zentren, den Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen beispielsweise Familien-, Mütter- und Nachbarschaftszentren, soziokulturelle Einrichtungen, Bürgerbüros, lokale Agenda-21-Initiativen und lokale Anlaufstellen für bürgerschaftliches Engagement in Kommunal- und Landkreisverwaltungen (Landesehrenamtsagenturen oder -stiftungen). Auch Vereine und Verbände im Bereich von Umwelt- und Naturschutz sollten in Zukunft stärker mit solchen Einrichtungen der Engagementförderung kooperieren.

Die Entwicklung von Rahmenbedingungen und Kontexten als reformpolitische Aufgabe

Die zahlreichen Empfehlungen der Enquete-Kommission zu den Themen und Bereichen Steuerrecht, Gemeinnützigkeitsrecht, Vereinsrecht, Stiftungsrecht, Haftungsrecht,

Zuwendungsrecht, Sozialrecht, Arbeitsrecht etc. machen die Bedeutung staatlicher Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement deutlich (ENQUETE-KOMMISSION 2002). Doch erst eine Akzentuierung des Verständnisses der Zivilgesellschaft als organisierter Zivilgesellschaft macht Potentiale und Erfordernisse einer Reformpolitik deutlich, die sich nicht nur auf der Ebene der individuellen Anreize bewegen. Dies betrifft zum einen den Ausbau einer zivilgesellschaftlichen Infrastruktur (BBE 2005), zum anderen die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Organisationen (ZIMMER 2003; ZIMMER & PRILLER 2004: 215 ff.). Die starke Staatsabhängigkeit der Finanzierung der Organisationen des Dritten Sektors, die im internationalen Vergleich in Deutschland augenfällig ist, wird beispielsweise durch das öffentliche Dienstrecht und die kameralistische Einbindung ebenso festgeschrieben wie durch die steuerrechtlichen Grenzen des Gemeinnützigkeitsrechts, die eine Querfinanzierung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten durch am Markt erzielte Einnahmen verhindern. Mögliche Ziele einer organisationspolitisch ansetzenden Reformpolitik wären die Stärkung der organisierten Zivilgesellschaft und der engagementfördernden Infrastrukturen, die Entwicklung eines eigenen Sektorenbewusstseins der Akteure und der Ausbau von Kooperationen, Allianzen und Netzwerken für ihr stärker abgestimmtes Vorgehen.

Eine erste Vernetzungsarbeit unter den Umweltakteuren bezogen auf das Thema Engagement und Fundraising gelang mit dem eingerichteten Fundraising-Beirat des Bundesumweltministeriums. Diese Zusammenkunft und damit die Mit-Verantwortlichkeit des BMU zur Engagementförderung in den Umwelt- und Naturschutzverbänden wurde nach dreijähriger Arbeit beendet. Zu hoffen ist, dass zukünftig die umfangreichen Aufgaben der bereichsspezifischen Engagementförderung nicht weiter alleine auf den Schultern der Naturschutzverbände und Umweltinitiativen verbleiben wird.

Doch auch die Eigenverantwortung der zivilgesellschaftlichen Akteure für die Lösung des Reformbedarfs bei den Organisationsformen und Strukturen der Zivilgesellschaft ist nicht aus den Augen zu verlieren. Insbesondere die großen Verbände haben mittlerweile begriffen, dass sie ohne eigene Aktivitäten zur Steigerung der Attraktivität des Engagements in Verbänden und Einrichtungen in Zukunft mit immer weniger interessierten Freiwilligen werden rechnen müssen (BBE u.a. 2005). In vielen Institutionen und Organisationen, in denen Haupt- und Ehrenamtliche zusammenarbeiten (sollen), gibt es Probleme und Konflikte zwischen beiden Seiten. Während die Hauptamtlichen die vermeintliche Gefährdung ihrer Arbeitsplätze durch das Ehrenamt befürchten, unzureichende Qualifikationen und die Störung eingespielter Arbeitsabläufe durch Ehrenamtliche beklagen, sehen sich Ehrenamtliche oft als „Handlanger“ und „billige Arbeitskräfte“ oder aber als marginalisierte Randfiguren missachtet und missbraucht. Konflikte und Auseinandersetzungen zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen lassen sich nicht ausschließlich durch bessere Managementtechniken lösen.

An die Stelle eines bloßen „Kurierens an den Symptomen“ muss die Behandlung der „Wurzeln des Übels“ treten: „Eine Lösung der Interessenkonflikte zwischen beiden Seiten und eine verbesserte Kooperation von engagierten Bürgerinnen und Bürgern und hauptamtlichen Kräften ist nachhaltig nur dann zu erwarten, wenn die Modernisierungskonzepte der hiervon betroffenen Organisationen, Einrichtungen und Dienste die Dimension der bürgerschaftlichen Mitwirkung systematisch mit einbeziehen und eine Kultur des Entscheidens und Planens entwickelt wird, die offen ist für die knappe und begehrte Ressource der freiwilligen Mitarbeit. Die Entschärfung von Interessenkonflikten wird außerdem dann besser gelingen, wenn nicht einfach bei einem im Wesentlichen unveränderten Leistungsprofil professionelle und vergütete Arbeit durch ehrenamtliche Mitarbeit ersetzt wird, sondern wenn durch gleichzeitige Neubestimmung und ggf. Erweiterung von Aufgaben und Leistungsspektrum die Karten neu gemischt werden.“ (EVERS

u.a. 2003: 163) Die Rolle von bürgerschaftlichem Engagement und bürgerschaftlicher Mitwirkung muss daher bei der Entwicklung organisationsbezogener Leitbilder, bei Aufbau- und Ablaufstrukturen und in strategischen Management- und Entscheidungsprozessen stärker als bisher berücksichtigt werden.

Literatur

- BBE (Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement) 2005: Für eine aktive Bürgergesellschaft. Impulse des Koordinierungsausschusses des BBE für eine Stärkung von Bürgergesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement. Berlin: 9 S., <http://www.b-b-e.de/netzwerk.html>
- BBE (Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement) 2005, DEUTSCHER Sportbund, LANDESEHRENAMTSAGENTUR HESSEN (Hrsg.) 2005: Organisationsentwicklung von Verbänden – Neue Chancen für bürgerschaftliches Engagement. Berlin: 90 S., <http://www.b-b-e.de/netzwerk.html>
- BORN, S. 2005: Bürgerschaftliches Engagement stabilisieren, stärken, steigern. Innovation und Investition in Infrastruktur und Infrastruktureinrichtungen, Studie für den Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn: 59 S.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT (BMU) (Hrsg.) (2004): Umweltbewusstsein in Deutschland 2004 – Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage – Bonn., 94 S.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT (Hrsg.) (2005): Umweltengagement im Aufbruch. Mit Erfahrung und neuen Impulsen in die Zukunft – Berlin, 31 S.
- ENQUETE-KOMMISSION „ZUKUNFT DES BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS“/DEUTSCHER BUNDESTAG (Hrsg.) (2002): Bericht: Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen, Leske+Budrich: 851 S.
- EVERS, A., KORTMANN, K./OLK, T., /ROTH, R. 2003: Engagementpolitik als Demokratiepoltik. Reformpolitische Perspektiven für Politik und Bürgergesellschaft. - In: LOHMANN, G. (Hrsg.): Demokratische Zivilgesellschaft und Bürgertugenden in Ost und West, Frankfurt/ M., Verlag Peter Lang: S. 153-164.
- HAACK, S. (2003): Die Bedeutung der veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Arbeit von Umweltverbänden – am Beispiel des Zivildienstes und des bürgerschaftlichen Engagements – Hrsg. von der UNESCO- Verbindungsstelle im Umweltbundesamt, Berlin, S. 251
- MITLACHER, G. (1996): Akzeptanz des Naturschutzes – Rolle der Verbände. Kommentar und Ergänzung zu den Vorschlägen des Beirates für Naturschutz und Landschaftspflege über die Naturschutzverbände vom 13.10.1994 und Ergebnisse einer Tagung mit den Naturschutzverbänden – Unveröff. Mskr. im Auftrag d. BMU, 50 S. + Anhang

- PRILLER, E. 2004: Konkurrierende Konzepte zum bürgerschaftlichen Engagement in der Langzeitperspektive. - Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 17, Heft 1: 36-44.
- RAUSCHENBACH, T. u. LIEBIG, R. 2002: Freiwilligendienste – Wege in die Zukunft. Gutachten zur Lage und Zukunft der Freiwilligendienste für den Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn: 80 S.
- ROESE, J. u. RUCHT, D. 2002: Unterstützung der Umweltbewegung. Rückblick und Perspektiven. - Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 15, Heft 4: 29-39.
- ROSENBLADT, B. von (1999): Freiwilliges Engagement in Deutschland – Freiwilligensurvey 1999 – Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement . Gesamtbericht – Hrsg. von BMFSFJ, Stuttgart, Kohlhammer: 222 S.
- RUCHT, D. 2003: Bürgerschaftliches Engagement in sozialen Bewegungen und politischen Kampagnen.- In: ENQUETE-KOMMISSION „ZUKUNFT DES BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS“/DEUTSCHER BUNDESTAG (Hrsg.) (2003): Bürgerschaftliches Engagement in Parteien und Bewegungen, Opladen: Leske+Budrich, 17-155.
- SANDERS, G. (2004): Qualitative und quantitative Untersuchung zum Übergang von jungen Erwachsenen aus Jugendumweltverbänden in die Erwachsenenverbände am Beispiel von BUNDjugend – BUND und Naturschutzjugend – NABU – Hrsg. von Deutscher Naturschutzring, Bonn, 66 S.
- ZIMMER, A. 2003: Rahmenbedingungen der Zivilgesellschaft. -- Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 16, Heft 2:74-86.
- ZIMMER, A. u. PRILLER, E. 2004: Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel. Ergebnisse der Dritte-Sektor-Forschung, Wiesbaden, VS Verlag: 237 S.